

**Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans**

Die Parteivorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Allianz für den freien Sonntag  
Ver.di-Handel  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin



September 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielen Dank für Ihr Schreiben zum arbeitsfreien Sonntag und die Bitte um eine Stellungnahme der SPD, der wir sehr gerne nachkommen.

Die Sonntagsruhe ist verfassungsrechtlich geschützt und mit Ausnahmen im Arbeitszeitgesetz festgelegt. Dies ist aus Sicht der SPD eine Errungenschaft, die wir nicht aufgeben sollten. Es ist richtig und von hohem gesellschaftlichen Wert, wenn die Menschen wenigstens einen Tag verlässlich zusammenkommen können.

Verfassungsrechtlich kann die Arbeit an Sonn- und Feiertagen nur erlaubt sein, wenn und soweit sie sich in den verfassungsrechtlichen Rahmen einfügt, nicht übermäßig und ohne sachlichen Grund in die sonntägliche Arbeitsruhe eingreift und ein hinreichendes Niveau des Sonntagsschutzes wahrt. Für eine Ausweitung der Sonntagsarbeit müssten überwiegende legitime oder gewichtige Sachgründe des öffentlichen Interesses oder des Gemeinwohls vorliegen. Ein rein wirtschaftliches Umsatzinteresse oder das alltäglich zu befriedigende Erwerbsinteresse potenzieller Kunden reichen dafür nach der ständigen Rechtsprechung nicht aus.

Die Forderungen nach einer deutlichen Ausweitung der Sonntagsöffnungen im Einzelhandel werden aus unserer Sicht diesen verfassungsrechtlichen Anforderungen und dem beschriebenen gesellschaftlichen Wert der Sonntagsruhe nicht gerecht. Seit der Föderalismusreform obliegt die gesetzgeberische Verantwortung für die Ladenöffnungszeiten den Ländern. Die Regelungen sind unterschiedlich, aber es gibt von Montag bis Samstag in der Regel sehr weitgehende Öffnungszeiten. Wir teilen Ihre Ansicht, dass zusätzliche Sonntagsöffnungen eher zu einer Verlagerung von Umsätzen führen würden. Die damit verbundenen Kosten für die Öffnung der Geschäfte würde gerade kleine Läden an ihre Grenzen führen und zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber den großen Ketten.

Insofern wäre das auch unter dem Gesichtspunkt des Erhalts der Vielfalt der Innenstädte hoch problematisch.

Die Beschäftigten im Einzelhandel haben während der Pandemie gute Arbeit geleistet und den „Laden am Laufen gehalten“. Es wäre aus unserer Sicht nicht richtig, wenn diese großartige Arbeit mit zusätzlichen Belastungen beantwortet werden würde. Das Gebot der Stunde ist eher eine deutliche Erhöhung der schwachen Tarifbindung im Einzelhandel.

Aus diesen Gründen lehnt die SPD die Ausweitung der Sonntagsarbeit oder der Ausnahmen und erst recht eine Grundgesetzänderung ab.

Mit solidarischen Grüßen



Saskia Esken



Norbert Walter-Borjans